

157. BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS

Hamburg, 7. – 9. November 2014

VERANTWORTUNG GLOBALER HANDELSMÄCHTE IM ASIATISCHEN JAHRHUNDERT

KÖRBER-STIFTUNG
INTERNATIONALE POLITIK

Dezember 2014

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Mit dem Zuwachs an Macht und Einfluss in der internationalen Politik geht eine größere Verantwortung für den Erhalt öffentlicher Güter und die Durchsetzung internationaler Regeln einher. Wie die Verantwortung zwischen den neuen und alten globalen Handelsmächten in den jeweiligen Politikfeldern konkret verteilt sein sollte, blieb allerdings umstritten.
- Die Existenz globaler Werte wurde prinzipiell anerkannt, jedoch sei eine größere Offenheit gegenüber unterschiedlichen kulturell oder historisch bedingten Ausprägungen notwendig.
- Mit Blick auf die Stabilitätsrisiken in der neuen unpolaren oder multipolaren Weltordnung wurde gefordert, die Herrschaft des Rechts in der internationalen Politik zu stärken. Ein anderer Vorschlag zielte auf die Entpolitisierung der globalen Führungsfrage durch eine »Herrschaft der Technokraten«, in der jeweils einzelne Länder Verantwortung für die Regulierung von Politikfeldern übernehmen.
- Die Realisierbarkeit solcher Vorschläge wurde allerdings mehrheitlich zurückhaltend bewertet: Die großen Handelsmächte zeigen oft nur wenig Bereitschaft, die hierfür notwendigen Einschränkungen ihrer nationalen Souveränität zu akzeptieren.
- Der Kampf gegen Extremismus und Terrorismus sowie die Gewährleistung maritimer Sicherheit wurden als zentrale Aufgaben für die globalen Handelsmächte im asiatischen Jahrhundert identifiziert.

Aufstrebende Mächte als globale Stakeholder

Die gemessen an ihrer wirtschaftlichen Stärke und ihrem Aktionsradius global agierenden Handelsmächte China, Japan, Indien und Südkorea sind wichtige Stakeholder für die Fortentwicklung des internationalen Systems. Im Gesprächskreis bekräftigten Teilnehmer aus China die Bereitschaft ihres Landes, größere internationale Verantwortung zu übernehmen und einen Beitrag zur Reform des internationalen Systems sowie des freien Welthandels zu leisten. China trage als UN-

Sicherheitsratsmitglied bereits heute große Verantwortung, was sich beispielsweise an der Zahl der entsandten UN-Friedenstruppen zeige.

Von chinesischer Seite wurde betont, dass Chinas Aufstieg keine Bedrohung für andere Staaten darstelle, zudem seien Aufstieg und Abstieg relativ. China wolle sich für eine multilaterale Weltordnung einsetzen und erkenne auch an, dass hierfür »vollständige Rechtsstaatlichkeit« erforderlich sei, was für China einen Aufbruch in »neue Gewässer« bedeute. China akzeptiere die Menschenrechte und eine rechtstaatliche Gesellschaftsordnung als

universelle Werte, vertrete aber auch einen eigenen Wertekanon auf Basis seiner Kultur und Geschichte.

Gleichwohl bemühten sich die chinesischen Teilnehmer, die Erwartungen an China zu dämpfen. So sei China noch immer das größte Entwicklungsland der Welt: rund 200 Millionen Menschen lebten unterhalb der Armutsgrenze, und gemessen am Pro-Kopf-Einkommen liege China weltweit nur auf Platz 80. Der »chinesische Traum« zur Erhöhung des Wohlstandes aller und die Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk stünden daher weiterhin im Mittelpunkt der chinesischen Politik.

Die Verantwortung der Stakeholder

Die friedliche Entwicklung Chinas wurde einstimmig als große Chance bewertet. Es kamen aber auch die mit dem Aufstieg Chinas verbundenen Unsicherheiten und Risiken zur Sprache. Falls die Erfüllung des chinesischen Traums von einer neuen Welle des chinesischen Nationalismus getragen würde, könne das durchaus auch international zu einem Problem werden. Und es sei unklar, welche internationale Ordnung China anstrebe. Einige Teilnehmer waren der Auffassung, dass China zunehmend selbstbewusst auftrete und international vereinbarte Regeln verletze. Vereinzelt wurde Chinas Verhalten sogar als revisionistisch und militaristisch bezeichnet. Andere bescheinigten China hingegen ein zurückhaltendes Auftreten.

Bislang übe China allerdings bei der Durchsetzung bzw. Schaffung internationaler Regeln keine Vorreiterrolle aus. Am Ende müsse aber eine globale Handelsmacht mehr

als den Zugang zu Rohstoffen im Blick haben. Man trage auch Verantwortung für die politische Entwicklung und die Erfüllung von Mindeststandards in den Ländern, von denen man wirtschaftlich profitiere.

Herausbildung einer neuen Weltordnung

In welche Richtung wird sich die Weltordnung durch das Zusammenspiel alter und neuer Mächte entwickeln? Viele Teilnehmer vertraten die Ansicht, dass die gegenwärtige internationale Ordnung einer »No-Man's-World« gleiche, »unpolar« bzw. polyzentrisch sei und sich bislang noch keine klare Struktur abzeichne. Andere warfen die Frage auf, ob wirklich eine neue Weltordnung erforderlich sei. Es gehe vielmehr um eine Anpassung der bestehenden Ordnung. Das bedeute etwa, dass institutionelle Neugründungen wie die BRICS-Bank in das bestehende System integriert werden und nicht in Konkurrenz zu diesem treten. Auch Europa müsse noch einen größeren Reformbeitrag leisten, etwa in Bezug auf die Reform der Weltbank und des IWF. Und es gehe darum, dass die bestehenden Regeln besser durchgesetzt werden.

Ein asiatischer Diskutant empfahl, die Weltordnung und Global Governance »so langweilig wie den öffentlichen Dienst« zu gestalten. Länder sollten eine Verantwortung für Themen haben, nicht für Regionen. Die Ausübung einer globalen Führungsrolle solle eine technokratische Aufgabe sein. Allerdings bringe der Status einer Großmacht auch große Verantwortung mit sich. Es reiche nicht aus, nur vertreten sein zu wollen, man müsse auch klar sagen, welche Ziele mit der gestie-

»DIE GESTALTUNG DER WELTORDNUNG UND GLOBAL GOVERNANCE MUSS SO LANGWEILIG SEIN WIE DER ÖFFENTLICHE DIENST.«

genen Verantwortung erreicht werden wollen. Hierzu empfahl eine Teilnehmerin eine »Reform for Responsibility«: Aufstrebende

Mächte sollen demnach nur dann größeren Einfluss und Mitspracherecht erhalten, wenn sie eine klare Verpflichtung darüber abgeben, für welche globalen öffentlichen Güter sie sich besonders einsetzen werden. Dies sollte in einem gleichberechtigten Austausch mit den etablierten Mächten erfolgen.

Die Verantwortung für die Weiterentwicklung der internationalen Ordnung und die Aufrechterhaltung vereinbarter Regeln obliegt alten wie neuen Mächten. Chinesische Vertreter betonten, dass China auch in diesem Bereich eine aktive Rolle spiele und sich beispielsweise um die Reform des UN-Sicherheitsrates sowie den Aufbau weiterer Regelwerke und Foren zur Konfliktlösung bemühe. Gleichwohl sehe es sich permanenter Kritik ausgesetzt. Vertreter asiatischer Staaten wehrten sich ebenfalls gegen den Vorwurf, Entwicklungsländer seien nicht am Völkerrecht interessiert, und betonten, das Gegenteil sei der Fall: Gerade die schwachen Länder bräuchten das internationale Recht.

Souveränitätsverzicht als Ausweg?

Ein Teilnehmer gab zu bedenken, dass das Recht nur so stark sein könne wie der Wille der großen Staaten, das Recht letztlich auch durchzusetzen. Die Schwächung oder Umgehung von Regeln und Institutionen habe ihren Preis. Zwar sei die Schaffung oder Weiterentwicklung von Völkerrecht oft sehr langsam und abhängig vom Willen der Staaten, doch zeige ein Blick auf erfolgreiche Beispiele wie etwa den Internationalen Strafgerichtshof, dass sich die Mühe lohne. Gerade der Internationale Strafgerichtshof mache allerdings auch die Beschränkungen des Völkerrechts deutlich. So könne dieser beispielsweise im Fall Syrien nicht tätig werden, weil der UN-Sicherheitsrat aufgrund der Blockade einzelner Staaten, zu denen sowohl China als auch die USA regelmäßig gehören, keinen entsprechenden Beschluss fassen kann. Dies führe zu einer Schwächung der Vereinten Nationen und zeige deutlich den Reformbedarf. Ein Teilnehmer bekräftigte, dass Amerika eine »andere Sicht« auf das internationale Recht habe als Europa, und forderte eine »flexiblere Herangehensweise« gegenüber dem internationalen Recht und unterschiedlichen Wertevorstellungen.

Als Ausweg aus der Blockade des UN-Sicherheitsrates brachten mehrere Teilnehmer das Konzept des beschränkten Souveränitätsverzichts ins Spiel. So gebe es bereits Bei-



spiele, wo internationale Institutionen auch gegen den Willen einzelner Mitgliedstaaten handeln könnten, wie etwa die Weltgesund-

»MÄCHTIGE STAATEN MÜSSEN ZUNEHMEND BEREIT SEIN, AUF SOUVERÄNITÄT ZU VERZICHTEN UND SICH DER HERRSCHAFT DES RECHTS ZU UNTERWERFEN.«

heitsorganisation im Fall einer Epidemie oder die Verhängung von Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat im Bereich Klimawandel. Hierfür »sind aber die mächtigen Staaten gefragt«, so eine Teilnehmerin, weil das die Aufgabe von Souveränität verlange. Dies sei durchaus für die führenden Staaten nicht immer angenehm, wie das deutsche Beispiel gezeigt habe: So hat der Europäische Gerichtshof auch Urteile gefällt, die Deutschland verurteilten oder deutschen Interessen zuwiderliefen. Aber: »Als mächtigster Staat muss man akzeptieren, dass es Fälle gibt, wo man verliert«, so eine Teilnehmerin. Diese Philosophie müsse sich auch in der internationalen Politik stärker durchsetzen.

Die Teilnehmer aus Asien, Europa und den USA bewerteten die Realisierbarkeit dieser Souveränitätsabgabe im internationalen Rahmen pessimistisch. Diverse internationale Abkommen seien bereits gescheitert und die Fortentwicklung neuer Konzepte wie »Responsibility to Protect« stagniere wegen der mangelnden Bereitschaft der Staaten zur Einschränkung nationaler Souveränität. »Wir müssen unsere Ambitionen reduzieren, um nicht jeden Tag aufs Neue enttäuscht zu werden«, resümierte ein Teilnehmer. Es bringe wenig, an der Vertiefung des internationalen Rechts zu arbeiten. Stattdessen müsse das Hauptaugenmerk auf dem Erhalt des bestehenden Kanons liegen.

Neue Herausforderung: Umgang mit Extremismus

Neben der Reform des internationalen Systems übernehmen die aufstrebenden Mächte auch immer größere Verantwortung für den Umgang mit fragilen Staaten und wachsendem internationalen Extremismus. Die chinesische Delegation bekräftigte, dass sie mit internationalen Partnern hinsichtlich der Bekämpfung des Terrorismus zusammenarbeiten wolle. China sei als Land selbst Opfer terroristischer Angriffe und entschlossen, dessen Ausbreitung zu stoppen. »Terrorismus ist eine Gefahr für die Welt und wir müssen uns gemeinsam bemühen, dem Problem zu begegnen«, so ein hochrangiger Vertreter Chinas. Die Diskussionsteilnehmer warnten jedoch davor, dass die Terrorbekämpfung nicht zu einer weiteren Stärkung des Terrors führen dürfe. Die Bekämpfung müsse mit rechtstaatlichen Mitteln erfolgen, um zu verhindern, dass terroristische Organisationen an Attraktivität gewinnen. Der berechtigte Kampf gegen den islamischen Extremismus dürfe keinen Vorwand liefern, um die Rechte von Minderheiten mit Füßen zu treten.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass man sich stärker damit beschäftigen müsse, was Terrororganisationen wie den Islamischen Staat für junge Menschen und insbesondere eine »komplett verlorene Generation« so attraktiv mache, und entsprechende Frühwarnsysteme etablieren. Die Terrororganisation habe eine starke »soft power« und alle Staaten seien aufgefordert, sich im »Krieg der Ideen« zu engagieren. Die Attraktivität extremistischen Gedanken-

»DIE BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS DARF NUR MIT RECHTSTAATLICHEN MITTELEN ERFOLGEN – ANSONSTEN ENTSTEHT NEUER TERRORISMUS.«

guts rühre aus einer »Revolte gegen das Establishment«, gegen westliche Werte und Institutionen und somit eines Kampfes der Kulturen, so die Analyse. Aus diesem Grund müsse ein fundamentaler Wandel in der Einstellung gegenüber dem Nahen Osten erfolgen, die dortigen Werte müssten besser respektiert werden.

Appell für größere kulturelle Offenheit

Ein Teilnehmer aus Europa gestand selbstkritisch ein, dass der Westen dazu neige, den eigenen Wertekanon anderen Regionen der Welt, insbesondere dem Nahen Osten und Asien, aufzwingen zu wollen. Der Westen sollte stattdessen mit »Bescheidenheit und Klarheit« vorgehen: Bescheidenheit in Bezug auf die zu erreichenden Ziele und Klarheit in Bezug auf die Realitäten in der Welt. So habe eine »Geografie der Werte Vorrang vor dem Wert der Geografie«. Ein anderer europäischer Teilnehmer forderte ebenfalls eine Kultur der Toleranz für andere Wertesysteme, warnte aber davor, Toleranz gegenüber denjenigen zu zeigen, die Werte infrage stellten.

Dem Appell für größere kulturelle Offenheit gegenüber nicht-westlichen Werten pflichtete ein asiatischer Teilnehmer bei. Mit

Blick auf die Wahlen in Afghanistan müsse der Westen akzeptieren, dass es dort eine eigene Form der Demokratie gebe, die man nicht pauschal disqualifizieren dürfe. Es müssten vermehrt Gelegenheiten geschaffen werden, über unterschiedliche Vorstellungen zu diskutieren, um das »kulturelle Unverständnis« abzubauen. Die Teilnehmer stimmten gleichwohl darin überein, dass zu einem universellen Wertekanon die Menschenrechte, der Schutz Bedürftiger, das Selbstbestimmungsrecht, die Meinungsfreiheit sowie das Recht auf Zugang zu Gerichten gehörten. Zudem sei es akzeptiert, dass aus Rechten auch Pflichten erwachsen.

»DER WESTEN MUSS AKZEPTIEREN, DASS ES VERSCHIEDENE FORMEN DER DEMOKRATIE GIBT.«

Maritime Sicherheit

Eine weitere Herausforderung für die asiatischen Handelsmächte ist die Gewährleistung freier und sicherer Handelswege im maritimen Raum. Die Teilnehmer lobten die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Piraterie, betonten aber, dass die Ursachen der Piraterie an Land lägen. So müsse die internationale Gemeinschaft ihre



Anstrengungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Afrika intensivieren, damit diese nicht in der Piraterie die attraktivste Form des Broterwerbs sähen.

Einige asiatische Teilnehmer kritisierten den Umgang Chinas mit maritimen Fragen in Asien. Durch seine weitreichenden territorialen Ansprüche und sein robustes Auftreten gefährde China die Sicherheit und Freiheit der Seewege im Ost- sowie im Südchinesischen Meer. Die Lage habe sich in den betreffenden Gewässern verschlimmert und es drohten unrechtmäßige Annexionen. Das Seerechtsübereinkommen werde ignoriert

und es seien Absichten zu erkennen, den Status quo unter Androhung von Gewalt einseitig zu verändern. Alle Anrainerstaaten müssten dem Grundsatz des Völkerrechts folgen und einseitige Handlungen unterlassen. Die Verhandlungen über einen Code of Conduct sollten beschleunigt werden.

Von chinesischer Seite wurde betont, China wolle »freundliche und aufrichtige« Beziehungen zu seinen Nachbarn pflegen und mit Hilfe neuer Institutionen und Strukturen zum friedlichen Umgang der asiatischen Handelsmächte beitragen.



GASTGEBER Dr. Klaus WEHMEIER, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands, Körber-Stiftung, Hamburg

MODERATOR Dr. Thomas PAULSEN, Leiter Bereich Internationale Politik, Körber-Stiftung, Berlin

TEILNEHMERLISTE

NIELS ANNEN, MdB, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Deutscher Bundestag, Berlin

Michael BEHRENDT, Vorsitzender, Aufsichtsrat, Hapag-Lloyd AG, Hamburg

Kommodore (i. R.) Chitrapu Uday BHASKAR, Direktor, Society for Policy Studies, New Delhi

Frances G. BURWELL, Vizepräsidentin und Direktorin, Programm für transatlantische Beziehungen, Atlantic Council of the United States, Washington, DC

Cathryn A. CLÜVER, Gründerin und Direktorin, Future of Diplomacy Project, John F. Kennedy School of Government, Harvard University, Cambridge, MA

Dr. Lothar DITTMER, Mitglied des Vorstands, Körber-Stiftung, Hamburg

Stefan DUPPEL, Leiter, Büro des Bundespräsidenten a. D. Dr. Richard von Weizsäcker, Berlin

Dr. Patricia FLOR, Leiterin, Abteilung für Vereinte Nationen und Globale Fragen, Auswärtiges Amt, Berlin

GAO Zugui, Stv. Direktor, International Institute for Strategic Studies, Parteihochschule, Zentralkomitee, Kommunistische Partei Chinas, Peking

HE Yiting, Vizepräsident, Parteihochschule, Zentralkomitee, Kommunistische Partei Chinas, Peking

Dr. Jonathan HOLSLAG, Professor für Internationale Politik, Freie Universität, Brüssel

John C. HUGHES, Politischer Berater, BP, London

Prof. Dr. Karl KAISER, Direktor, Programm für transatlantische Beziehungen, Weatherhead Center for International Affairs, John F. Kennedy School of Government, Harvard University, Cambridge, MA

Minoru KIUCHI, MP, Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten, Außenministerium, Tokio

Thomas KLEINE-BROCKHOFF, Leiter, Planungsstab, Bundespräsidialamt, Berlin

Stefan KORNELIUS, Leiter, Ressort Außenpolitik, Süddeutsche Zeitung, München

Prof. Dr. Dominique MOÏSI, Gründer und Sonderberater, Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris

Nora MÜLLER, Programm Leiterin Internationale Politik, Körber-Stiftung, Berlin

Dr. Amrita NARLIKAR, Präsidentin, GIGA Leibniz-Institut für Globale und regionale Studien, Hamburg

Ippeita NISHIDA, Forschungsbeauftragter und Projektmanager, The Tokyo Foundation, Tokio

Prof. Dr. Kerstin ODENDAHL, Direktorin, Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht, Christian-Albrechts-Universität, Kiel

Dr. Thomas PAULSEN, Leiter, Bereich Internationale Politik, Körber-Stiftung, Berlin

Prof. Dr. Danny QUAH, Professor für Ökonomie und Internationale Entwicklung, London School of Economics and Political Science, London

Botschafter Janusz REITER, Präsident und Gründer, Center for International Relations (CSM), Warschau

Dr. Michael REITERER, Principal Advisor, Referat für Asien-Pazifik, European External Action Service, Brüssel

Wolfgang SCHMIDT, Staatsrat der Senatskanzlei, Bevollmächtigter beim Bund, bei der EU und für auswärtige Angelegenheiten, Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, Berlin

Olaf SCHOLZ, Erster Bürgermeister, Freie und Hansestadt Hamburg, Hamburg

Botschafter SHIN Bongkil, Präsident, Institute of Foreign Affairs and National Security, Außenministerium, Seoul

Dr. Uli STGG, Vizepräsident des Verwaltungsrates, Ringier Media Group, Zürich

Dr. Theo SOMMER, Publizist, Die Zeit, Hamburg

Botschafter Nalin SURIE, Präsident, The Association of Indian Diplomats, Neu Delhi

Dr. Klaus WEHMEIER, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands, Körber-Stiftung, Hamburg

Botschafter Dr. Shingo YAMAGAMI, Stv. Abteilungsleiter, Abteilung Außenpolitik, Außenministerium, Tokio

DER BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS

Initiator	Dr. Kurt A. Körber (†)
Vorsitz	Dr. Richard von Weizsäcker, Bundespräsident a.D.
Koordination	Dr. Klaus Wehmeier Dr. Thomas Paulsen
Programm Management	Laura Bake Dr. Dorothea Jestädt Dr. Janka Oertel
Adresse	Körper-Stiftung Hauptstadtbüro Pariser Platz 4a 10117 Berlin Telefon +49-30-20 62 67 60 Fax +49-30-20 62 67 67 E-Mail ip@koerber-stiftung.de Twitter @KoerberIP @paulsen_thomas facebook.com/KoerberStiftungInternationalAffairs bergedorfer-gespraechskreis.de

© Körper-Stiftung, Hamburg 2014

Redaktion	Dr. Dorothea Jestädt
Fotos	Körper-Stiftung
Layout	Das Herstellungsbüro, Hamburg

Alle Rechte vorbehalten.



Körper-STIFTUNG
Forum für Impulse

**Wir wollen
anstiften.**

Mehr erfahren: www.koerber-stiftung.de

Mehr erleben: www.koerberforum.de

Mehr lesen: www.edition-koerber-stiftung.de